

Der Jüdische Nationalfonds als kolonialistische Körperschaft

Zusammen mit anderen Organisationen, wie dem *National Committee of Arab Local Authorities*, dem *Arab Center for Alternative Planning*, der *Association for Civil Rights in Israel*, und *Bimkom-Planners for Human Rights*, hat die Nichtregierungsorganisation Adalah am 18. August 2016 eine Klage am obersten Gerichtshof Israels eingereicht, die die Rolle des Jüdischen Nationalfonds (JNF) anführt, was die Regulierung der Landnutzung in Israel angeht. Dieses wichtige Verfahren stellt einige der Kernthemen im Verhältnis zwischen der Nakba und dem Gesetz bloß.

Der JNF: Private Diskriminierung auf öffentlichem Land

Der JNF ist ein weltweites Netzwerk zionistischer Wohlfahrtsverbände, deren Ziel es ist Land zu akquirieren und es im Interesse des jüdischen Volkes zu besiedeln. Der israelische Zweig des JNF ist eine halbstaatliche Organisation die sich eines speziellen Status unter israelischem Gesetz erfreut, was das Management von Land angeht.

Über 93% des Territoriums innerhalb der grünen Linie [Waffenstillstandslinie 1967] wird von der Israel Land Authority (ILA), einer Regierungskörperschaft kontrolliert. Die ILA kontrolliert sowohl Land das dem Staat gehört, als auch Land das dem JNF gehört. Der JNF hat 6 von 14 Sitzen - also 43% - innerhalb dieser Körperschaft, obwohl er lediglich 13% des Landes das von der ILA kontrolliert wird besitzt. Der JNF hat also die Verwaltung seines eigenen Landes an den Staat dafür abgetreten, dass er maßgeblich an den Entscheidungsprozessen über das gesamte vom Staat kontrollierte Land beteiligt wird. Die Petition die vor Kurzem von Adalah und seinen Partnern eingebracht wurde fordert die Verfassungsmäßigkeit dieses Arrangements heraus.

Die Rolle des JNF im Rat der ILA ermöglicht ihm enormen Einfluss über die Zuteilung und Nutzung von Land. Israel hat eine der höchsten Anteile an staatskontrolliertem Land in der Welt. Das meiste dieses Landes wird langfristig verpachtet. Ein erheblicher Anteil des Staatslandes war von Palästinensern enteignet worden, sowohl von Flüchtlingen der 1948-Nakba und von Palästinensern die aus ihren Häusern vertrieben wurden, die nichtsdestotrotz Bürger des Staates Israel wurden.

Da der JNF technisch ein privater Verband ist kann sein diskriminierender Auftrag nach israelischem Gesetz nicht direkt angefochten werden – seine Rolle innerhalb des ILA-Rats, der eine staatliche Körperschaft ist, kann jedoch angezweifelt werden. Die Antragsteller argumentieren, dass der Zweck der Organisation explizit dazu bestimmt ist Land nur für das jüdische Volk zu besitzen und dass die Rolle des JNF innerhalb des ILA-Rats daher die Gleichheit und Würde der arabischen Einwohner verletzt. Sie weisen auf einen fundamentalen Konflikt zwischen der Mission des JNF und der Pflicht des Staates seine nicht-jüdischen Bürger nicht zu diskriminieren hin. [Innerhalb des Originalartikels gibt es einen Link zu einer Zusammenfassung der Petition auf Englisch.]

Die Klage zielt auf den Widerspruch zwischen Israels ideologischer Festlegung der Staat des jüdischen Volkes zu sein und seiner Behauptung all seinen Bürgern Gleichheit zu gewähren. Insbesondere ist das Recht auf Gleichheit im israelischen Gesetz bestenfalls unsicher. Das „Basic

Law: Human Dignity and Liberty“ von 1992 erwähnt dieses Prinzip nicht und das Oberste Gericht Israels ist zögerlich es jenseits der Grundsatzentscheidung „2000 Qaadan“, oder der gerichtlichen Entscheidung von 2006 anzuwenden, die als diskriminierend die Priorisierung arabischer Gemeinden verurteilt hat.

Um die Hauptfragen die dieser Fall aufwirft zu klären, wird das Gericht über die Legitimität einer offen diskriminierenden Körperschaft wie der JNF, der eine bedeutende Rolle in einer entscheidenden Sphäre staatlicher Politik spielt, entscheiden müssen. Stellt sich das Gericht auf die Seite der Antragsteller, wird es ein Schlüsselement innerhalb des zionistischen Regimes sprengen; legitimiert es die Rolle des JNF, wird es Israel zusätzlicher internationaler Kritik aussetzen. Darum kann erwartet werden, dass das Gericht die Entscheidung verzögern wird, und einen Weg den Antrag abzulehnen suchen wird, ohne über den Sachverhalt entscheiden zu müssen.

Der Staat und der JNF arbeiten schon lange darin zusammen diskriminierende Politik unter einer Fassade von Gleichheit aufrechtzuerhalten. Im Jahr 2004 reichte Adalah zusammen mit anderen Organisationen einen Antrag ein, der die diskriminierende Ablehnung des JNF herausforderte, überhaupt irgendein arabisches Gebot Land von ihm zu kaufen in Erwägung zu ziehen. Jahrelang entschied der Oberste Gerichtshof Israels nicht darüber. Schließlich kamen der Staat und der JNF zu einer Übereinkunft: Araber würden Gebote für den Kauf von JNF-Land abgeben dürfen, dafür würde der Staat den JNF eins zu eins für an Araber verpachtetes Land „kompensieren“. Der Staat und der JNF vereinbarten im Grunde genommen eine Nicht-Diskriminierung auf unterster Ebene, solange die strukturelle Diskriminierung intakt bleibt. Obwohl Adalah und andere Menschenrechtsgruppen die diskriminierende Natur dieser Vereinbarung kritisierten, wurde der Antrag für nicht mehr relevant gehalten. Dieses Resultat stellt die Hauptakteure des Regimes zufrieden – der Staat kann behaupten er würde niemanden diskriminieren, der JNF kann weiterhin Land nur jüdischen Bürgern vorbehalten und die Justiz war nicht dazu gezwungen eine substantielle Entscheidung zu fällen.

Privatisierung der Nakba?

Um die Argumentation voranzubringen bezieht sich der neue Antrag auf öffentliches gegenüber privatem Eigentum. Diese Debatte wurde bisher hauptsächlich unter Zionisten gehalten, mit wichtigen Konsequenzen für Palästinenser.

Anfangs war das zionistische Projekt der Aneignung von Land im Namen des jüdischen Volkes gewidmet und dem Zweck verpflichtet dafür zu sorgen, dass es in jüdischen Händen blieb. Dieses Prinzip wurde in „Basic Law: Israel Lands“ 1960 festgeschrieben. 1960 übertrug der JNF die direkte Kontrolle über sein Eigentum – Land das er vor 1948 gekauft hatte und Land von palästinensischen Flüchtlingen das er vom Staat erhalten hatte – auf den Staat, im Austausch für 50% der Sitze im Rat der staatlichen Körperschaft der Israel Land Administration, die alles staatliche Land zu dieser Zeit verwaltete.

Kapitalisten innerhalb der zionistischen Bewegung kritisieren schon lange das öffentliche Eigentum, während der JNF weiterhin argumentiert, dass Land durch den Staat kontrolliert sein müsse (selbstverständlich mit dem JNF am Tisch), zur Förderung zionistischer Ziele. Die Privatisierung von Land ist eine bedeutende Entwicklung in Israel, die wohl ein neues Stadium in der Konsolidierung der Nakba bedeutet. Theoretisch würde Privatisierung die gesetzlichen Vorgaben, dass Land in den Händen des „jüdischen Volkes“ oder des Staates verbleiben muss beseitigen und könnte es deshalb sogar palästinensischen Bürgern erlauben in Israel Land zu

kaufen. In der Praxis bedeutet es jedoch eine Verschärfung wirtschaftlicher Ungleichheit und eine weitere Entfernung von der Möglichkeit einer Rückgabe oder Kompensierung für Land das bereits von Palästinensern beschlagnahmt wurde.

Der Staat Israel hat 2009/2010 eine Reihe von Landreformen verabschiedet, um den Weg für die Privatisierung von Staatsland, hauptsächlich in städtischen Gebieten, zu ermöglichen. Als Teil dieser Reformen wurde die Israel Land Administration zur Israel Land Authority und der Anteil der Sitze des JNF im Verwaltungsrat von 50% auf 43% reduziert. [In der englischen Fassung gibt es einen Link zu einer Analyse von Adalah die viele Probleme diesbezüglich hervorhebt.]

Die wichtigste ungelöste Frage in den Landreformen waren die Spannungen zwischen Privatisierung und der ideologischen Mission des JNF. Der Staat und der JNF beschlossen im November 2015 eine Vereinbarung die den Austausch von privatisiertem JNF-Land im Zentrum des Landes gegen Staatsland in Galiläa oder der Naqab (Negev) bestätigt. Dies sind die beiden letzten größeren Gegenden mit Landreserven und wo ein hoher Anteil an palästinensischen Bürgern lebt.

Darüberhinaus war der Staat damit einverstanden, dass diese Ländereien in Übereinstimmung mit den Prinzipien des JNF verwaltet werden, was bedeutet, dass sie nur jüdischen Bürgern von Nutzen sein werden. Die Beziehung zwischen kollektivem und privatem Eigentum von Land in Israel bedeutet kein „entweder-oder“, sondern stellt eher eine Abfolge dar. Kollektives Eigentum zuerst, um die Vorteile der Nakba jüdischen Bürgern zu übertragen, und wenn mehr Zeit vergangen ist und die Möglichkeit einer palästinensischen Rückkehr zunehmend undenkbarer wird kann die Privatisierung weiter fortschreiten und somit die Nakba vertiefen und ihre Spuren verdecken.

Im Zusammenhang mit den Kämpfen über Privatisierungen, verlässt sich Adalah mit seinen Partnern zu einem großen Teil auf einen Fall aus dem Jahr 2009, „Academic Center of Law and Business v. Minister of Finance“ [siehe den Link im englischen Original]. In diesem Fall verbot das Oberste Gericht Israels das Betreiben privater Gefängnisse in Israel, teilweise basierend auf der Theorie, dass die Übertragung wichtiger staatlicher Funktionen in private Hände potentiell die menschliche Würde bedrohe.

Die Verteidiger des JNF werden wahrscheinlich argumentieren, dass ihr Anliegen nicht wie die Angelegenheit der privaten Gefängnisse behandelt werden sollte, da sie nicht nach Profit streben würden. Doch dadurch wird deutlich, dass der JNF alle Möglichkeiten haben will was die Frage privaten Landeigentums betrifft. Einerseits erlaubt es sein Status als privater Akteur dem JNF seine diskriminierende Mission fortzusetzen, andererseits ist er gleichzeitig dagegen, es anderen privaten Akteuren zu erlauben Land zu besitzen, damit sie nicht zionistische Entwicklungsziele unterminieren, oder gar Land an Nichtjuden verkaufen.

Der JNF als koloniale Körperschaft

Innerhalb seiner weltweiten Verbände, operiert der JNF als privater Wohlfahrtsverband mit dazugehörigen Freiheiten und Vorteilen, wie z.B. Steuerbefreiung in den USA. Innerhalb Israels ist er eine private Körperschaft mit spezieller Macht unter öffentlichem Recht. Doch überall dient er demselben Zweck: Kolonisierung von Land für alle Juden der Welt.

In klassischen Fällen von Kolonialismus, würde ein Staat oder ein privates Unternehmen Geldquellen und Menschen mobilisieren, um fremdes Land zu besiedeln. Der JNF ist etwas anders: Da er in einer Welt operiert, in der formale Kolonisierung missbilligt wird, betätigt er sich als Wohlfahrtsverband, oder Nicht-Regierungsorganisation, um Geld in westlichen Ländern zu sammeln und sie nach Israel/Palästina zu transferieren. Anstatt von einer entfernten Macht geschickt zu sein [wie zu Zeiten des Kolonialismus], arbeitet der JNF im Auftrag eines Siedlerstaates an der Stätte der Kolonialisierung, was es rechtmässiger und mehr in lokalen Prozessen verortet erscheinen lässt.

Israels Rechtsordnung bietet nur wenige Werkzeuge diese koloniale Praxis herauszufordern, das Prinzip der Gleichheit ist davon eines der wenigen die zur Verfügung stehen. Die Diskriminierungsstruktur hat bedeutende Beschränkungen. Antidiskriminierungsgesetze stellen ein Ziel in der Herstellung von Gleichheit zwischen Bürgern oder Gruppen innerhalb eines Staats dar.

Doch der JNF ist eine außerterritoriale Organisation, mit der Mission im Auftrag eines weltweiten jüdischen Volkes zu agieren, Spenden einzutreiben und in dutzenden von Ländern zu agieren. Entscheidend ist, dass es israelische Landprivatisierungsgesetze verbieten Land an Ausländer zu verkaufen, außer wenn sie Juden sind, was sogar für nicht-israelische Juden die ihr automatisches Recht auf israelische Staatsbürgerschaft *nicht* wahrgenommen haben gilt. Doch Gleichheit zwischen eingeborenen Palästinensern und nicht-israelischen Juden ohne direkte Verbindung zum Land kann keine glaubhafte Lösung für die Nakba und das Dilemma der Kolonisierung in Israel/Palästina sein.

Darüberhinaus bedeutet die Festlegung der Landfrage was die Gleichheit zwischen Menschen innerhalb des Staates angeht, eine Tilgung der Rechte einer großen Mehrheit der Landeigentümer – der palästinensischen Flüchtlinge in der Diaspora. Jede gesetzliche Norm von Gleichheit muss sich mit den grenzübergreifenden Rechten und Schäden durch die Kolonisierung auseinandersetzen.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako

Quelle: nakbafiles.org/2016/08/31/the-jewish-national-fund-as-a-colonial-entity/